

DAS AGRARABKOMMEN – IMMER VERHANDLUNGEN OHNE WENDE

Elżbieta Daszkowska

Szkoła Główna Handlowa w Warszawie

Abstraktum. Der Misserfolg der VII. Ministerkonferenz, die die seit 2001 dauernden Doha Entwicklungsrunde abschließen sollte, zwingt zur Suche nach Antworten auf die Frage nach Ursachen dieses Misserfolgs, und lässt überlegen, ob in der nächsten Zukunft Überhaupt möglich ist eine Einigung in Sachen Landwirtschaft zu erzielen.

Schlüsselwörter: *Draft Modalities* von Crawford Falconer, Landwirtschaftliche Verhandlungen, Market Access (MA), Export Competition (EC), Minderung der Zollsätze, Spezialprodukte, sensible Waren, SSG, SSM, STS, Vereinfachung der Tarifsätze, Lebensmittelhilfe.

Erläuterungen: DEV – eine informelle Gruppe von Entwicklungsländern (wie: Brasil, China, Indien), die ständig am WTO an Bedeutung gewinnen, LDV – eine informelle Gruppe der armen Länder (wie Angola, Bangladesch) deren Wirtschaft total von Agrarsektor abhängig wird, COPA-COGECA – eine internationale Vereinigung Agrarproduzenten, die gemeinsame Stelle dieses Wirtschaftsektors präsentiert

EINLEITUNG

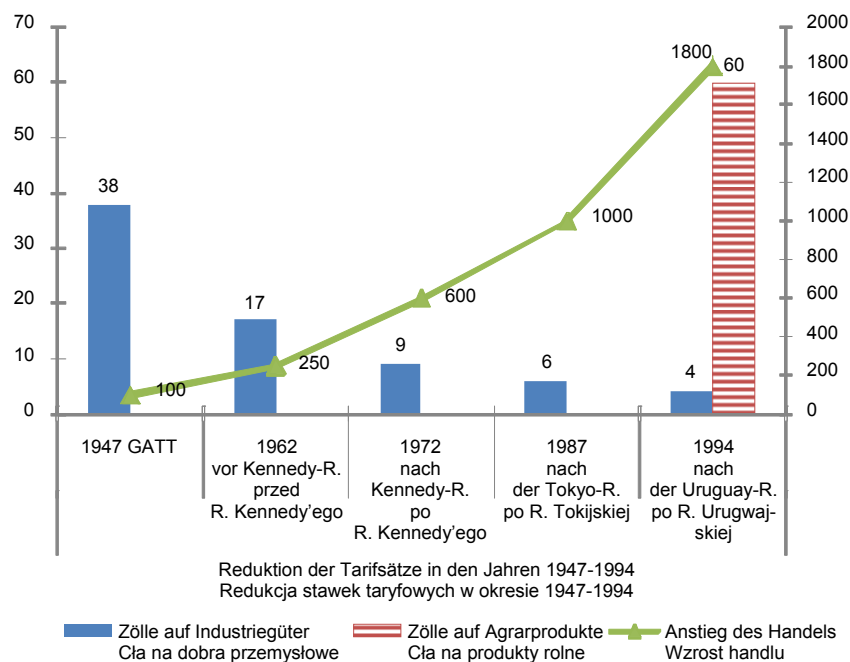
Zwischen dem 21. und 29. Juli 2008 fand in Genf bereits die siebente WTO-Ministerkonferenz statt, die der nächste Schritt zur Beendigung der seit 2001 dauernden Doha-Runde war. An dieses Treffen der Handelsminister wurden sehr große Hoffnungen geknüpft. Außer der dringenden Notwendigkeit, diese seit über 7 Jahren dauernde Gespräche über die Liberalisierung des Welthandels mit landwirtschaftlichen Produkten zu beenden wurde der Nutzen betont, den diese neue Einigung der Weltwirtschaft bringen würde. Nach vorsichtigen Schätzungen soll in der Weltwirtschaft ein frischer, aus dem

Handel stammender Geldfluss in Höhe von 100 Milliarden Euro im Jahr auftauchen [Doha's benefits... 2008]. Außerdem sah man in der Unterzeichnung des neuen Abkommens ein Gegenmittel gegen den unkontrollierten Anstieg der Preise für landwirtschaftliche Rohstoffe und fertige Lebensmittelprodukte, der, nach Meinung vieler Wirtschaftswissenschaftler, Beginn einer neuen Lebensmittelkrise des 21. Jahrhunderts sein könnte [Lamy 2008]. Obwohl die Verhandlungen in Genf wegen der fehlenden Möglichkeit einen Standpunkt in der SSM-Frage zu erzielen, zusammengebrochen sind, ist zweifelsohne der große Zugewinn dieser Verhandlungen der ausgearbeitete Vorrahmen des Agrarabkommens, der von C. Falconer, dem Vorsitzenden der Agrarverhandlungen ausgearbeitet wurde, und der umgangssprachlich als „Dokumente von Falconer“ oder als „Draft Modalities“ bezeichnet wird. Der vorliegende Artikel präsentiert die von C. Falconer ausgearbeitete Lösungen für die Liberalisierung der landwirtschaftlichen Thematik, die der dritten Fassung von „Revised Draft Modalities for Agriculture“ vom 10. Juli 2008 TN/AG/W/4/Rev [Revised... 2008] enthalten wurden; dort werden die Schlüsselregelungen für die Agrarthermatik besprochen. Der Verfasser der vorliegenden Bearbeitung stellt den Standpunkt der EU in einzelnen Fragen vor und bringt näher, welche potentiellen Folgen für den polnischen Landwirtschaftssektor die Implementierung des Abkommens in dieser Form haben könnte.

DIE LANDWIRTSCHAFTLICHE THEMATIK BEI DEN BISHERIGEN VERHANDLUNGEN

Die Landwirtschaft gehörte zu den Bereichen des Wirtschaftslebens, die praktisch von den GATT-Verhandlungen ausgeschlossen waren und erst Entscheidungen der Uruguay-Runde haben zur völligen Änderung dieser Situation geführt. Nach Ursachen dieses Zustands ist in rechtlich-wirtschaftlichen Bedingungen aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu suchen. Nach dem Ende des 2. Weltkrieges konzentrieren sich die nächsten Verhandlungsrunden, die eine Liberalisierung des Handelsaustausches in der Welt als Ziel hatten, auf dem Industriesektor. Dieser Trend ergab sich vor allem aus der Tatsache, dass ab den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts gerade im industriellen Bereich die Mehrheit des BSP erzeugt wurde und aus diesem Grund waren die meisten Staaten lebhaft daran interessiert ihre Exportmöglichkeiten für Industrieprodukte an Drittländer zu erhalten. Das Auslassen bei den Verhandlungen zur Handelsliberalisierung der landwirtschaftlichen Thematik hatte die Entstehung von besonderen Präferenzbedingungen für den Landwirtschaftsbetrieb zur Folge, was im Laufe der Jahre zum Anstieg der Protektionstendenzen in diesem Sektor führte, das mit einem sehr starken Widerstand vieler GATT-Mitglieder gegen Aufnahme von Gesprächen über mögliche Einleitung von Maßnahmen zur Liberalisierung der Landwirtschaft verbunden war. Von dem starken Schutz des landwirtschaftlichen Sektors im geschilderten Zeitraum zeugen ausdrücklich Zahlen, die grafisch im Diagramm 1 dargestellt wurden.

Der obige Zustand weckte zahlreiche Konflikte und Spannungen insbesondere zwischen der USA und der Europäischen Gemeinschaft (EG). Wie es bekannt ist, zeichnen sich landwirtschaftliche Produkte und Lebensmittel durch niedrige Preis- und Nachfrageflexibilität aus, aus diesem Grund wurden von mehreren Staaten, in den die Agrar- und Lebensmittelproduktion eine wichtige Rolle spielt, eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, mit dem Ziel, den Landwirten ein kontinuierliches Einnahmenniveau zu sichern.



Diag. 1. Reduktion der Tarifsätze in den Jahren 1947-1994

Quelle: Ingo und Nash [2004].

Rys. 1. Redukcja stawek taryfowych w okresie 1947-1994

Źródło: Ingo i Nash [2004]

Deshalb weckte die Möglichkeit, die Landwirtschaft den Gesetzen des Marktes zu unterwerfen, einen starken Widerstand vieler GATT-Mitglieder. Sehr gut belegt den beschriebenen Zustand der Beispiel Frankreichs [Mroczek 1993]. Wegen der höheren Produktionskosten und der Kraft des französischen landwirtschaftlichen Lobbys, übte dieses Land mehrere Jahre lang Einfluss auf die defensive Haltung der Europäischen Kommission (EK) aus, so, dass die Europäische Gemeinschaft sämtliche Versuche der Aufnahme von Gesprächen über die Liberalisierung des landwirtschaftlichen Sektors auf dem WTO-Forum ablehnte. Zur Wende kam erst in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts. Während der Verhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde (1986-1993), als die Vereinigten Staaten mit Unterstützung der führenden Hersteller von Agrar- und Lebensmittelprodukten feststellten, dass die Landwirtschaft in den Liberalisierungsprozess im Welthandelsaustausch aufgenommen werden muss [Unia Europejska... 2001]. Die Deklaration von Punta del Este bestätigte diesen Grundsatz. Es ist hinzuzufügen, dass die Genehmigung der EG für die Aufnahme der Verhandlungen zu diesem Thema aus der Notwendigkeit resultierte, den Zugang zu den Märkten von Drittländern zu erhalten, weil das System von hohen Interventionspreisen kostenintensive Produktionsüberschüsse zur Folge hatte, die dann ausschließlich mit teuren Exportsubventionen exportiert werden könnten, was wiederum stark den EG-Haushalt belastete. Diese Situation löste Konflikte unter den Mitgliedsländern der Europäischen Union (EU) aus. Frankreich präsentierte die ganze Zeit eine defensive Haltung und lehnte sämtliche

Änderungsmöglichkeiten in der Gemeinsamen Agrarpolitik ab (GAP), dagegen wurden von Großbritannien immer lauter Reformen des landwirtschaftlichen Sektors gefordert [Mroczek 1993]. Das Ergebnis von äußerst schwierigen Verhandlungen, die vor allem zwischen der EU und der USA geführt wurden, war die Schließung eines Kompromissabkommens in Sachen der Landwirtschaft. Dieses Dokument ist als bahnbrechend anzusehen, denn zum ersten Mal in der Geschichte von Verhandlungen zur Liberalisierung des Welthandels wurden verbindliche Entscheidungen über den landwirtschaftlichen Sektor getroffen, die in drei folgende Themenbereiche erfasst wurden [Kaczurba 1998]:

- Marktzugang (Market Access – MA),
- Interne Unterstützung (Domestic Support – DS),
- Exportkonkurrenz (Export Competition – EC).

In Sachen des MA wurde eine Entscheidung über Tarifierung getroffen und zwar über die Umrechnung der meisten außertariflichen Maßnahmen in Zolläquivalente, gleichzeitig gab es ein deutliches Verbot für erneuerte Implementierung der außertariflichen Beschränkungen. Genauso wichtig war die Entscheidung über die Anbindung der Zollsätze für Agrarprodukte und ihre spätere Reduktion. Zu beachten ist die Tatsache, dass die Uruguay-Runde als bahnbrechend anzusehen ist auch aus dem Grund, dass während ihrer Dauer so wichtige Entscheidungen getroffen wurden, wie: Entscheidung über die schrittweise Einschränkung der Ausgaben für innere Unterstützung und schrittweise Aufhebung sämtlicher Exportsubventionen [Załącznik 1A... 1996]. Ein Beweis für die Sensibilität dieses Themas ist die Tatsache, dass weitere Versuche, den Welthandel zu liberalisieren, die in Singapur (1996) und in Seattle (1999) unternommen wurden, mit einem Fiasko endeten [Dydoń und Niemczyk 2006]. Grundsätze des zukünftigen Abkommens zur Liberalisierung des Welthandels mit landwirtschaftlichen Produkten wurden erst im Juli 2005 in der Sitzung des Generalrates von WTO in Genf abgestimmt. Grundsätzlich sollte Fortschritt in der neuen, 2001 begonnenen Verhandlungsrunde (Dauhy-Doha), die Ministerkonferenz von Hongkong am 13.-18. Dezember 2005 bringen [Konferencja... 2005]. An die Doha-Runde waren riesige Hoffnungen geknüpft, es herrschte die allgemeine Überzeugung, dass ihre Abschlussbeschlüsse den meisten Teil der Angelegenheiten lösen werden, die den Kern der neuen Verhandlungsrunde bildeten, was die Aussage von Peter Mandelson, den EU-Handelskommissar beweist, der im April 2006 erklärte, dass „da diese Verhandlungsrunde eine Entwicklungsrunde ist, es offensichtlich ist, dass entwickelte Länder mehr als arme Länder anbieten müssen. Die EU ist bereit mehr einzubringen, aber sie muss etwas als Gegenleistung bekommen. Ich bleibe der Hauptgarant für diese Runde und ich werde alle Kräfte daran setzen, um das ehrgeizige und nachhaltige Ergebnis in allen Säulen, die Gegenstände der Verhandlungen sind – Landwirtschaft, Industrieprodukte, Dienstleistungen, zu schützen“ [Mandelson 2006].

Die Eigenart der jetzigen Verhandlungsrunde besteht darin, dass hier keine quantifizierbaren Ziele gesteckt wurden, was eine Abweichung von den bisherigen Verhandlungsrunden darstellt [Piotrowski 2006]. In der aktuellen Gesprächsphase wurden der Umfang und die Art der Liberalisierung des Handels im landwirtschaftlichen Sektor als zukünftiger Verhandlungsbereich bezeichnet. Diese Einstellung zum Thema war eins der Gründe dafür, dass es zu keinen Verhandlungsergebnissen während solcher Konferenzen, wie in: Cancun 2001 [Nowak 2005], Hong Kong 2005 [Gradziuk 2005] und die letzte in Genf 2008 [Kaliszuk 2008] gekommen ist.

**EINGEHENDE CHARAKTERISTIK DER SCHLÜSSELELEMENTE
VON DRAFT MODALITIES FOR AGRICULTURE TN/AG/W/4/REV. 3****Market Access**

In diesem Bereich der Agrarverhandlungen wird von Crawford Falconer die ehrgeizige Richtung der von ihm geforderten Maßnahmen aufrecht erhalten, die in der letzten Fassung von Revised Draft Modalities for Agriculture vom 19. Mai 2008, TN/G/W/4/Rev. 2. [Revised... 2008], enthalten war. Der Umfang der vorgeschlagenen zolltariflichen Reduktionen für die Entwicklungsländer ist im Bereich zwischen 50% bis 73% enthalten und hängt von dem Anfangsniveau des Zollsatzes ab (d.h. je höher der Zollsatz, desto höher der Umfang der Zollkürzungen). Wichtig ist, dass Falconer einen konkreten Reduktionsfaktor einführt, anstatt einen Bereich anzugeben, in dem die zukünftige Zollsatzkürzung enthalten werden soll (diese Konstruktion hatten die vorherigen Fassungen der Modalities). So wird vom Falconer anstelle des vierten niedrigsten Bereiches [48-52] der Faktor von 50% eingeführt, dem zweiten Bereich [55-60] entspricht der Faktor von 57%, und beim dritten, Anstelle des Bereiches [62-65] wird 64% angegeben. Nur im höchsten Bereich lässt er die Bereichskonstruktion d.h. [66-73] (Par. 61, TN/AG/W/4/Rev. 3).

Gleichzeitig hält Falconer den zuvor angedeuteten Vorschlag zur Anforderung der Mindestdurchschnittsreduktion auf der Höhe von 54% aufrecht aber fügt hinzu, dass bei ihrer Ausrechnung bei tropischen Waren und einer Eskalation der Zolltarife höhere Reduktionen, als standardmäßigen berücksichtigt werden können (Par. 62, TN/AG/W/4/Rev. 3). Aber von dieser Vorschrift sind sensible Waren ausgeschlossen, denn bei Berechnung des mittleren Wertes wäre in ihrem Fall eine niedrigere Reduktion zu berücksichtigen. An dieser Stelle ist deutlich zu betonen, dass das Niveau der Marktliberalisierung im MA – Bereich (Market Access) deutlich die für die EK akzeptable Zugeständnisse überschreitet, denn laut dem von der EK am 28. Oktober 2005 vorgelegten Angebot würde das durchschnittliche Niveau für die Kürzungen in den vier Bereichen 39% betragen [WTO... 2005]. Das Ergebnis der laufenden Gespräche war die Bereitschaft der EK zur Akzeptanz der durchschnittlichen Kürzungen auf einem Niveau von 50% [Barroso 2006]. Über den Umfang der vorgeschlagenen Reduktionen der Zolltarife und ihre Umsetzung auf die Marktöffnung der EU zeugen ausdrücklich die Zahlen, die in der Tabelle 1 zusammengestellt wurden. An diesem Platz muss man hinzufügen, dass vermutlicher Resultat so hoch fortgeschrittene Liberalisierung des Marktes wird der Verbrauchsabstieg in einzelnen Marktsektoren.

Und im Fall der Entwicklungsländer ist der vorgeschlagene Umfang in jedem der vier Bereiche um 2/3 schmalere als die Reduktionen, die für entwickelte Länder vorgeschlagen wurden. Außerdem soll, den letzten Aufzeichnungen nach, der Zeitraum der Liberalisierung des Zugangs zu Märkten dieser Länder nicht weniger als 8 Jahre betragen (Par. 63 TN/AG/W/4/Rev. 3), was ein bedeutendes Zugeständnis im Vergleich zu der Anforderung an entwickelte Länder, ihre Zollsätze innerhalb von 5 Jahren zu reduzieren, ist.

Tabelle 1. Angenommene Kürzungen der Tarifsätze und ihr Einfluss auf den Verbrauch in der EU in einzelnen Sektoren

Tabela 1. Zakładane cięcia stawek taryfowych i ich wpływ na konsumpcję w UE w poszczególnych sektorach

Produkt Produkt	Aktueller Zollsatz Obecna stawka celna (%)	Zoll nach maxi- maller Reduktion Cło po maksymalnej redukcji (%)	Zoll nach Min- destreduktion Cło po minimalnej redukcji (%)	Verbrauchsvo- lumen im jewei- ligen Sektor Wolumen konsumpcji w danym sektorze (t)
Rindsfleisch frisch oder gekühlt Wołowina świeża lub schłodzona	85,2	26,0	65,6	8 155
Tiefgefrorenes Rindsfleisch Wołowina głęboko zmrożona	141,8	43,2	100	8 155
Schweinefleisch ohne Knochen, frisch oder gekühlt Wieprzowina bez kości, świeża lub schłodzona	25,4	10,8	20	7 200
Schweinefleisch ohne Knochen, tiefgekühlt Wieprzowina bez kości, głęboko zmrożona	26,4	11,1	21,4	7 200
Geflügelfleisch, ohne Knochen, tiefgekühlt Mięso ptasie, bez kości, głęboko zmrożone	87,9	26,8	67,7	10 400
Milch Mleko	80,3	24,5	61,8	950
Butter Masło	89,8	27,4	69,1	1 909
Tomaten Pomidory	53,8	19,6	42,5	16 268
Äpfel Jabłka	38,6	16,7	31,3	11 780
Zucker vor Raffinierung Cukier do rafinowania	130,3	39,7	100	17 430
Weißer Zucker Biały cukier	168,7	51,5	100	17 430

Quelle: Zapędowski [2008].
Źródło: Zapędowski [2008].

Sensible waren

Im Fall von Produkten, die als sensibel gelten, wurde für entwickelte Länder ein Limit von 4-6% den Tariflinien festgelegt, die man in diese Kategorie setzen kann und dadurch das Niveau ihres zollrechtlichen Schutzes erhöhen kann (Par. 71, TN/AG/W/4/Rev. 3), denn für sensible Waren wurde die Möglichkeit der Anwendung von niedrigeren tariflichen Reduktionen vorgesehen (um 1/3, 1/2 oder 2/3 im Vergleich zur Standardkürzung). Wiederum wurde für die Entwicklungsländer (DEV) die Möglichkeit der Anerkennung als sensible Waren eines größeren Produktumfangs (und zwar von 5,3% bis 8%) eingeräumt (Par. 72, TN/AG/W/4/Rev. 3), wobei der Umfang der Zollsatzkürzungen genauso ist, wie im Fall der entwickelten Länder.

Sonderprodukte

Es handelt sich dabei um Mittel, die für die ländliche Entwicklung oder für das Leben erforderlich sind und die von den Entwicklungsländern als sehr wichtig für die Gewährleistung ihrer Lebensmittelsicherheit klassifiziert werden. (Commodity Market Review 2005-2006, ver. Food And Agriculture Organization Of The United Nations, Rome 2005). Die letzte Fassung von Draft Modalities führt Regelungen ein, kraft deren DEV-Länder 10-18% eigener Tariflinien als Sonderprodukte klassifizieren können, und 6% der unter diese Kategorie fallenden Tariflinien werden der obligatorischen Zolltarifreduktion nicht unterliegen. Dagegen soll das Durchschnittsniveau der Kürzungen bei den sonstigen Linien 10-14% betragen (Par. 120, TN/AG/W/4/Rev. 3).

Tropische produkte

Diese Bezeichnung gilt für Lebensmittelprodukte- und Rohstoffe, die für das tropische Klima charakteristisch sind, d.h. für die, die Schlüsselexportgüter der Entwicklungsländer und der am schwächsten entwickelten Länder sind. Wegen der Tatsache und unter Berücksichtigung dessen, dass die jetzige Verhandlungsphase eine Entwicklungsrunde ist, fordern DEV- und LDV-Länder von den entwickelten Ländern einen breiteren als der vorgesehene Maß an Öffnung ihrer Märkte für Produkte, was sich in der Praxis in einer höheren Reduktion des Tarifsatzes der wirtschaftlich entwickelten Länder, auch der EU, widerspiegelt.

ANWENDUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR TARIFLICHE SCHUTZKLAUSEL – SSG UND SSM

Eine der Schlüsselentscheidungen zum Abschluss der Uruguay-Runde von WTO war die Festlegung der besonderen Schutzklausel für landwirtschaftliche Produkte – Special Safeguard – SSG. Aber das Recht zur Anwendung dieses Marktschutzinstrumentes steht ausschließlich den Ländern zu, die Tarifierung vorgenommen haben, d.h. eine Konvergenz der im Import angewandten außertariflichen Barrieren gegen Tarifäquivalente durchgeführt haben. Insgesamt hatten 39 Staaten das Recht dieses Marktschutzinstrument anzuwenden, und seit 2006 ist die Zahl dieser Länder auf 6 Staaten

zurück gegangen und zwar als Ergebnis der letzten EU-Erweiterung (Polen, Ungarn, Tschechien, Rumänien, Slowakei und Bulgarien). Das Wesen von SSG besteht in dem Recht zusätzliche Zollabgaben auf die aus dem Ausland eingeführte Produkte aufzulegen, wenn der Umfang des Imports von landwirtschaftlichen Produkten und Lebensmitteln entweder den sog. Schwellenwert überschreitet oder der Importpreis CIF (COST, INSURANCE AND FREIGHT) für das jeweilige Produkt niedriger als der Schwellenpreis ist, der dem Durchschnittspreis für dieses Produkt in dem Zeitraum 1986-1988 gleich ist (art. 5 des Gründungsabkommens der Welthandelsorganisation (WTO) in Sachen Landwirtschaft. Polnisches Gesetzblatt Anlage zu Nr. 9, Pos. 54 vom 27.I. 1996). Zu betonen ist, dass die Beschließung dieses Tarifinstrumentes zum Marktschutz die am meisten kritisierte Regelung des die Uruguay-Runde abschließenden Agrarabkommens ist, denn sie wird als eine modifizierte Version der Ausgleichszahlungen angesehen. Der aus der SSG-Klausel resultierende Schutz findet keine Anwendung bei laufenden Kontingenten und beim Mindestzugang zum Markt. Es ist zuzugeben, dass dieses Marktschutzmittel große Kontroversen weckt. In der letzten Fassung des genannten Dokumentes werden von Crawford Falconer zwei Optionen vorgeschlagen (Par. 117-119, TN/AG/W/4/Rev. 3):

- 1) Vollständiger Verzicht auf die Möglichkeit der SSG-Anwendung oder eine drastische Einschränkung seines Warenumfanges auf 1,5% aller Tariflinien – diese Alternative wurde den entwickelten Ländern überlassen. Die Festlegung einer solchen Konstruktion steht im sichtbaren Gegensatz zu den EK-Vorschlägen, die zwar einer Minderung des quantitativen Umfangs der Produkte, bei den man dieses Zollschutzmechanismus anwenden kann, zugestimmt hat, aber sie signalisierte nirgendwo zuvor ihre Bereitschaft zu so tiefgehender Reduktion der Zollsätze (von den aktuellen 600 Tariflinien auf 71-107 nach erfolgter Implementierung dieses Abkommens), was praktisch die Schutzmöglichkeiten für die empfindlichsten Wirtschaftssektoren eliminieren würde.
- 2) Man beschloss den DEV-Ländern mehr Entscheidungsfreiheit in diesem Thema einzuräumen. In ihren Fall würden Bedingungen und Regeln, die sich auf die durch SSG geschützte Produkte beziehen gleich bleiben, wie die, die in der Uruguay-Runde vereinbart wurden, wobei der Produktumfang an die Bestimmungen der aktuellen Runde angepasst werden müsste oder der Linienumfang der Produkte, bei den die Möglichkeit dieses Marktschutzinstrument zu nutzen bestünde, auf ein Höchstniveau von 3% der Tariflinien eingeschränkt wäre, vorbehaltlich der Berücksichtigung der neuen, gekürzten Zollsätze (Par. 118, TN/AG/W/4/Rev. 3).

Auf Grundlage der Abstimmungen, die während der letzten Verhandlungsrunde in Genf getroffen wurden, tauchte die Idee auf, den Produktumfang, der der Schutzklausel SSG unterliegt, einzuschränken und man beschloss ihre endgültige Aufhebung nach 7 Jahren. Nur Länder, die den Status von kleinen und sensiblen Wirtschaften (SVE) haben, wurde das Recht eingeräumt, dieses Marktschutzinstrument im Bezug auf einen begrenzten Warenumfang einzusetzen.

Als eine echte Streitfrage der Verhandlungen in Genf stellte sich die fehlende Einigung in Sachen SSM, also der speziellen Schutzmechanismen für landwirtschaftliche Produkte, heraus, die im Abkommen aus dem Jahr 2004 festgelegt wurden und die ausschließlich Entwicklungsländer nutzen könnten [Cluff und Vanzetti 2005]. Kraft dieser Schutzklausel haben die DEV-Länder das Recht die Zollsätze für Importwaren bei übermäßigem Anstieg des Imports (dessen Menge eine Gefahr für die Wirtschaft dar-

stellen könnte) oder bei Rückgang der Preise für das jeweilige Produkt auf dem nationalen Markt zu erhöhen. Der Streit über dieses Thema stellte sich als so verbissen heraus, dass es nicht einmal gelungen ist den Schwellenbereich festzulegen, nach dessen Überschreitung man SSM anwenden könnte (Par. 124, TN/AG/W/4/Rev. 3). Die Lebensmittelexportländer, mit den Vereinigten Staaten an der Spitze, waren für eine möglichst hohe Höchstgrenze, die Entwicklungsländer, wie China oder Indien, waren für ein niedriges Niveau (10% des Importanstiegs), während die USA sprachen sich für ein Anstiegsvolumen um 40% aus [Kaliszuk 2008]. Dieser Meinungsunterschied war natürlich direkte Folge des Interessenkonfliktes, denn die Festlegung von SSM allein würde sicherlich die Exportmöglichkeiten der Länder, die über Produktionsüberschuss verfügen, einschränken. Offiziell ist die fehlende Möglichkeit, eine Einigung in Sachen SSM zu erzielen, der offizielle Grund für das Scheitern der Konferenz in Genf im Juli 2008. [Lamy 2008].

VEREINFACHUNG DER ZOLLSÄTZE

Die letzte Fassung von Draft Modalities führt die Regelung ein, dass Zollsätze auf nicht kompliziertere Weise gebunden werden können, als ihre jetzige Anknüpfungsform (Par. 100, TN/AG/W/4/Rev. 3). Weitere Paragraphen informieren sogar, dass alle angeknüpften Tarifsätze in ihrer einfachsten Form anzuwenden sind, für die die ad valorem Form der Zollsätze gehalten wird. Und dem zufolge sollen mehr komplizierte Formen der Zollsätze, die bisher angewandt wurden, umgerechnet und in ad-valorem-Form gefestigt werden, wiederum die bisher auftretenden anderen Formen der Zollsätze sollten ausgeschlossen werden. Diese Regelungen haben keinen verbindlichen Charakter für die LDC-Staaten. Eine tiefgehende Auswertung der vorgeschlagenen Regelung führt leicht zur Schlussfolgerung, dass eine Ausschließung von anderen Formen der Zollsätze als ad valorem Zölle ungünstig wäre, weil sie den Verzicht auf die Anwendung der so wichtigen tariflichen Marktschutzmittel, wie Sonderzölle, zusammengesetzte Zölle oder das System der Eingangspreise, bedeuten.

DIE FRAGE DER TARIFKONTINGENTE – KÜRZUNG DER ZÖLLE INNERHALB DER KONTINGENTE

Die neusten Vorschläge von Crawford Falconer zu diesem Thema sehen für entwickelte Länder eine Minderung der Zölle innerhalb der Kontingente in einem Bereich von 50-70% oder in den Grenzen 0-15% (Par. 105, TN/AG/W/4/Rev. 3), vor, was natürlich sich in einer größeren Öffnung der Binnenmärkte der entwickelten Länder widerspiegelt. Und im Fall der DEV-Länder sind die Liberalisierungsanforderungen nicht mehr so hoch, denn auf diesen Staaten soll die Pflicht lasten, ihre Zölle innerhalb der Kontingente um die Hälfte weniger zu reduzieren als im Fall der Anforderungen an die entwickelte Länder.

EXPORT COMPETITION

In der letzten Fassung von Modalities werden frühere Regelungen aufrecht erhalten (Trade Policy the EU's relations with the Rest of the World, publ. European Communities 2006), laut den bis zum Jahr 2010 entwickelte Länder um die Hälfte das von ihnen angewandte Volumen an Exportsubventionen reduzieren werden, und 2013 schließen sie sie vollständig aus und zwar samt anderen Formen, die den internationalen Handel beeinträchtigen und zu dieser Kategorie gerechnet werden, wie: Exportkredite, Garantien für Exportkredite und Versicherungsprogramme für Kreditrückzahlungen innerhalb von 180 Tagen (Par. 152, TN/AG/W/4/Rev. 3). Den DEV-Ländern wurde ein etwas längerer Zeitraum eingeräumt, und so lastet auf ihnen die Anforderung bis 2016 ihre Vorschriften in diesem Bereich vollständig zu ordnen. Leider berücksichtigen die Regelungen der hier besprochenen Fassung von Modalities den Antrag der EK nicht, in dem es steht, dass der Zeitpunkt, an dem die Vereinbarungen aus der Doha-Runde ins Leben kommen sollen, so zu verschieben wäre, dass der vollständige Implementierungszeitraum nicht weniger als sechs Jahre zu betragen hat. An dieser Stelle ist zu betonen, dass die Akzeptanz der vorstehend beschriebenen Vereinbarungen mit Regeln zur Gewährung von Exportkrediten eine sehr ernste Abweichung seitens der EU darstellt. Und zwar wegen der Tatsache, dass auf diese Integrationsgruppe ca. 90% aller landwirtschaftlichen Subsidien der Welt fallen [Przygodzka 2006]. Es scheint, dass das Jahr 2013 als Endtermin für die Ausschließung der genannten Formen der Exportsubventionierung nicht zufällig ist, man soll sich daran erinnern, dass dies das letzte Jahr der genehmigten Finanzperspektive für die Jahre 2007-2013 ist und nach Ankündigungen des Landwirtschaftskommissars der EU – M. Fisher Boel, lehnt die EU von vorn sämtliche Regelungen ab, die Störungen auf dem Unionsmarkt verursachen und nach sich die Notwendigkeit der Ausarbeitung einer neuen Reform ziehen würden [Fisher-Boel 2006]. Den DEV-Ländern wurde ein etwas längerer Zeitraum eingeräumt, und auf ihnen lastet die Anforderung ihre Vorschriften in diesem Bereich bis 2016 vollständig zu ordnen. Für diese Kategorie der WTO-Mitglieder wurden Regelungen eingeführt, nach den die Ausschließung der Programme für Kreditrückzahlung innerhalb von 180 Tagen schrittweise einzuführen ist und zwar höchstwahrscheinlich innerhalb von vier Jahren ab 2013 (Annex J – Par. 4a, TN/AG/W/4/Rev. 3). Dagegen werden LDV-Staaten und Länder, die Netto-Lebensmittelimporteure sind, die Möglichkeit garantiert bekommen, die Rückzahlung der Exportkredite innerhalb von 360-540 Tagen festzulegen (Annex J – Par. 5, TN/AG/W/4/Rev. 3). Einige von diesen Staaten machten zuvor eine einseitige Liberalisierung des Zutritts zu eigenen Märkten, was das Ergebnis des ausgeübten Drucks seitens des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank war, und sie warten jetzt auf eine Implementierung der analogen Regelungen bei den wirtschaftlich entwickelten Staaten, was die Exportmöglichkeiten der LDV-Länder steigern wird.

TÄTIGKEIT DER STAATLICHEN HANDELSUNTERNEHMEN, DIE DEN HANDEL STÖREN (STATE TRADE ENTERPRISES – STS)

Gemäß den Abschlussbestimmungen der VI. Ministerkonferenz von WTO, die in Hong Kong im Dezember 2005 stattfand, sollte die Tätigkeit dieser Unternehmen und

ihre monopolistische Praktiken beseitigt werden. Die letzte Fassung von Draft Modalities stellt den genannten Vorschlag als eine Option dar und führt gleichzeitig Regelungen ein, die die Tätigkeit von STS ordnen. Unter Par. 2 des Annexes K befindet sich eine wichtige Feststellung, dass als ein Handelsunternehmen, das Lebensmittel exportiert nur ein Unternehmen nach Auslegung des Art. XVII GATT 1994 gilt, das „ein staatliches oder nicht staatliches Unternehmen samt Marketingvorständen ist, dem ausschließliche oder Sonderrechte oder Privilegien eingeräumt wurden, die gesetzliche oder konstitutionelle, von diesem Unternehmen wahrgenommene Rechte berücksichtigen, und auf diese Weise solche Unternehmen das Niveau oder die Richtung von Import oder Export beeinträchtigen“. Gleichzeitig stellt die hier genannte rechtliche Haltung sogar fest, dass „in den Ländern, die den Entwicklungslandstatus haben, STS funktionieren können, um stabile Preise für Agrarprodukte auf dem Binnenmarkt aufrecht zu erhalten und zur Erhaltung der Lebensmittelsicherheit“, unter der Bedingung, dass der Anteil dieser Unternehmen am Welthandel mit landwirtschaftlichen Produkten keine 5% in den nächsten drei Jahren überschreitet (Annex K – Par. 5, TN/AG/W/4/Rev. 3).

LEBENSMITTELHILFE

In diesem Bereich führen Regelungen von Draft Modalities Disziplin wegen der Formulierung ein, dass Lebensmittelhilfe in „emergency“-Fällen als „safe box“-Kategorie eingestuft wird, also sie wird als nicht den Welthandel störend angesehen. Aber die Vorschriften stellen deutlich auch fest, dass Aktivitäten in „emergency“-Fällen von internationalen Organisationen zu ergreifen sind, wie z.B. die Weltbank oder das Rote Kreuz und zwar im Rahmen der von ihnen geführten Programme (Annex L – Par. 6, TN/AG/W/4/Rev. 3). Sonstige Formen der geleisteten Hilfe (mit Ausnahme der vorstehend beschriebenen dringenden Fälle) sollen unter strengerer Disziplin durch die Ausschließung von Maßnahmen mit kommerziellen Charakter stehen, unter dem Vorbehalt, dass solche Projekte unter der Schirmherrschaft der UNO geführt werden (Annex L – Par. 11, TN/AG/W/4/Rev. 3).

Außerdem verbieten die Vorschriften des zurzeit verhandelten Abkommens die Monetisierung der Hilfe „in-kind“, mit Ausnahme von notwendigen Fällen, wie die erforderliche Deckung von Transportkosten und Lieferungskosten für Lebensmittelhilfe an LDV-Staaten und Netto-Lebensmittelimporteure. Im Art. 12 des Annexes L gibt es auch eine Regelung, nach der die Monetisierung auf dem Hoheitsgebiet des Landes, das Hilfeempfänger ist, zu erfolgen hat.

REAKTIONEN DER MITGLIEDSTAATEN DER EU AUF DIE MÖGLICHKEIT DAS NEUE, DIE AKTUELLE VERHANDLUNGSRUNDE ABSCHLIESSENDE ABKOMMEN, ZU AKZEPTIEREN

Festzustellen ist, dass die Möglichkeit ein Abkommen in der letzten Fassung des Dokumentes von Falconer zur Liberalisierung des landwirtschaftlichen Welthandel zu schließen, noch deutlicher die Unterschiede zwischen den Befürwortern und Gegnern der liberalen Haltung der Mitgliedstaaten der EU in Agrarfragen der aktuellen Verhand-

lungsrunde gezeigt hat. Großbritannien hat schon traditionell ihre Bereitschaft zur Akzeptanz der Regelungen in Sachen Landwirtschaft erklärt [Wielopolska 2003], dagegen wurde die Gruppe der Gegner von den Franzosen angeführt, und zu ihr zählten: Polen, Irland, Griechenland, Litauen und Ungarn, also Staaten, in den die Landwirtschaft eine wichtige Rolle in ihren Nationalwirtschaften spielt [Francja walczy... 2008]. Skeptische Einstellung dieser Länder wurde bereits mehrmals während der letzten Konferenz in Genf zum Ausdruck gebracht, die während der Präsidentschaft von Frankreich stattgefunden hat. Die damals herrschende Stimmung wird sehr gut in der Aussage der französischen Handelsministerin Frau Anne-Marie Idrac widerspiegelt, die meinte, dass die EU „bereits ihre Manövermöglichkeiten ausgeschöpft hat und keinen Schritt weiter machen kann.“ [Idrac 2008]. Zusätzlich wurde oft das Argument genannt, dass die EU für so tiefgehende Zugeständnisse im landwirtschaftlichen Sektor als Gegenleistung keine analogen oder vergleichbaren Konzessionen in NAMA oder im Dienstleistungssektor bekommen hat. Zu betonen ist, dass die dargestellte Meinung zur Situation in der letzten bisherigen Verhandlungsphase nicht nur von den EU-Mitgliedstaaten vertreten wurde. Eine analoge Beurteilung der Situation gab es u.a. von landwirtschaftlichen Organisationen, insbesondere von COPA und COGECA. Die Aussage von Herrn Jean-Michel Lemetayer, Vorsitzenden der Organisation der EU-Landwirte COPA ließ keine Zweifel an der Beurteilung der Verhandlungsrichtungen. „Ich kann nicht verstehen, wie EU-Verhandler einen Handelsvertrag durchsetzen wollen, der noch mehr Verbraucher aus der UE vom Import grundlegender Lebensmittelprodukte abhängig macht, insbesondere in Zeiten der Weltkriege“ [Lemetayer 2008]. Auf potentiell gefährliche Folgen der Abschließung eines neuen Abkommens, das die jetzige Verhandlungsphase beendet, wies der Vorsitzende des Cogeca – Ausschusses Herr Gert van Dijk in seiner Feststellung hin, dass das die EU den Verlust von ca. einer halben Million Arbeitsplätze kosten könnte und mit ernststen Problemen in vielen Sektoren der Landwirtschaft, insbesondere im Fleischsektor droht [Dlaczego komisarz... 2008]. Es ist an dieser Stelle zu betonen, dass nicht mal interne Berechnungen der EK Zweifel daran lassen, dass der Abschluss eines Abkommens zu den oben geschilderten Konditionen deutliche negative Folgen mit sich bringen kann – die Verluste könnten sich sogar auf ca. 30 Mrd. Euro, insbesondere in Sektoren des Getreide-, Fleisch- und Milchindustrie-, Zucker-, Reis-, Gemüse- und Obstmarktes belaufen. Diese Wendung wird sicherlich eine Verringerung des Einkommens der Landwirte um ca. 25% bedeuten [Dlaczego komisarz... 2008].

ZUSAMMENFASSUNG UND BESCHREIBUNG DER POTENZIELLEN FOLGEN FÜR POLEN

Eine vollständige Beschreibung des Standpunktes der Republik Polens samt Begründung befindet sich im Dokument: Anweisung für polnische Delegation für die nächste Runde der Handelsverhandlungen der Entwicklungsrunde Doha WTO, der vom Ministerrat im Juni 2006 angenommen wurde. Eine Auswertung dieses Dokumentes erlaubt eine deutliche Feststellung, dass Polen wegen der Richtung, die von den Verhandlungen in der Doha-Runde eingeschlagen wurde, eine Protektionshaltung einnimmt und sich stark den liberalen Regelungen widersetzt. Das letzte Dokument, das die Arbeitsrichtung in diesem Bereich widerspiegelt, ist die Rede von Herrn Sawicki, dem

Landwirtschaftsminister der Republik Polen im Sejm der Republik Polen am 9. April 2008 über den Stand der Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde [Sawicki 2008]. Die Einzelheiten des Standpunktes von Polen zu der Beurteilung der letzten Draft Modalities und der Verhandlungsrichtung wurden nachstehend dargestellt.

Die Aufzeichnungen von Falconer zum MA-Bereich der Verhandlungen sind als sehr liberal für entwickelte Staaten zu bewerten, was Konsequenzen für polnischen Agrarsektor haben wird, weil vorgeschlagene Kürzungen der Zollsätze sehr hoch sind (über das von der EU akzeptierte „red lines“-Niveau), was in der Zukunft wegen des gesenkten tarifären Schutz übermäßigen Import zur Folge haben könnte. So ist festzustellen, dass im landwirtschaftlichen Sektor Polen vor allem defensive Interessen und den Standpunkt vertritt, dass zukünftige Lösungen keine Präferenzen für die Gemeinschaftsproduktion verletzen und keine zusätzliche Änderungen in der 2003 reformierten GAP erzwingen dürfen.

Die Regelung, dass alle Zölle in ad valorem Zölle umgerechnet werden, ist aus Polens Sicht problematisch, denn die vorgeschlagene Konvergenz aller Zölle den Verzicht auf aktuell geltendes System der Eingangspreise sowie auf den Schutz des Agrarmarktes der verarbeiteten landwirtschaftlichen Produkte bedeuten würde.

Beunruhigung wecken auch die Forderungen nach Ausschließung oder deutlicher Einschränkung der Marktschutzinstrumente – SSG auf ein Niveau von 1,5% der Tariflinien gegenüber den entwickelten Staaten. Die Anordnung dieses Marktschutzmittels wird mit Sicherheit Einfluss auf die Einschränkung der Liste von sensiblen Waren der EU haben (4-6% der Warenlinien), und demzufolge zur Ausschließung von dieser Liste der Waren, die besonders sensibel für die polnische Wirtschaft sind, führen. Außerdem ist das Belassen der Anwendungsmöglichkeiten von SSG in so einer eingeschränkten Form auf keinem Fall als Ausgleich für Folgen von hohen Reduktionen der Zollsätze zu betrachten, denn die Höhe der Erhebung einer zusätzlichen Zollabgabe dafür wird so oder so zu niedrig, um eine so bedeutende Senkung des Zollsatzes auszugleichen. Polen ist für die Aufrechterhaltung der SSG mit gleichzeitiger Erweiterung des Umfangs von Produkten, die durch dieses Marktschutzmittel geschützt werden, wie; Gefriererdbeeren, Himbeeren und Apfelsaft, also Produkte, die als sensibel für polnische Wirtschaft gelten.

Im Bereich MA vertritt Polen den Standpunkt, dass der künftige Umfang des zollrechtlichen Schutzes, der die Folge der Implementierung von Bestimmungen aus dem Abschlussabkommen der bisherigen Verhandlungsrunde wäre so zu konstruieren, dass das Niveau des zollrechtlichen Schutzes für den Binnenmarkt der EU aufrechterhalten wird. Diese Regelung bezieht sich nicht nur auf die Höhe der zukünftigen Zolltarife, sondern auch auf das für die polnische Wirtschaft optimistische Niveau des zollrechtlichen Schutzes für sensible Produkte.

Vorgeschlagene tiefgehende Reduktionen der Sätze innerhalb der Kontingente in Verbindung mit einer großen Erweiterung der Kontingente werden das zur Folge haben, dass der sensible-Ware-Status nur im geringen Ausmaß Schutz im Vergleich mit standardmäßiger Reduktionsform gewährt.

Auf eine ungünstige Beurteilung der Dokumente von C. Falconer üben aus Sicht der EU (und auch von Polen) auch Einfluss Andeutungen, die sich auf Sonder- und tropische Waren beziehen. Insbesondere im Fall der letzten Kategorie sind aus Sicht der Wirtschaftsinteressen von Polen folgende Produkte auszuschließen: Brot, Kartoffel, Rapsöl oder aus Zuckerrohr gewonnener Zucker, denn es sind entweder Produkte, die in

Polen hergestellt werden, oder direkter Ersatz von Produkten, die für die Wirtschaft dieses Landes wichtig sind.

In Sachen der 3. Verhandlungssäule, also EC, spricht sich Polen dafür aus, dass die Regelungen zum Ausschließung der Exportsubventionen bis 2013 mit ähnlichen Formen der Exportunterstützung verbunden werden, wie z.B. Exportkredite, die zu Präferenzbedingungen aus öffentlichen Mitteln gewährt werden, oder einige Regelungen, durch die sich die STS-Tätigkeit auszeichnet.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Eine aufmerksame Beobachtung der aktuellen Verhandlungsrunde weist darauf hin, dass jetzt auf der Weltwirtschaftsbühne neue Wirtschaftsleader erschienen sind, wie: China, Brasilien, Indien (Gruppe G-20) und ihre internationale, auf ihrem Wirtschaftspotential basierende Position, wird steigern. Dagegen haben USA oder Integrationsgruppen wie die EU ihren bisherigen Schwung verloren und demzufolge wird ihre Verhandlungsposition schwächer.

Es hat sich die Wahrnehmung und die traditionelle Rolle der Landwirtschaft geändert, von einzigen Lieferanten von Rohstoffen und Agrarprodukten begann sie eine immer wichtigere Rolle in der Weltwirtschaft zu spielen, und jetzt wird ihr Einfluss unter solchen Aspekten der Funktionsweise der Weltwirtschaft, wie die Lebensmittel- oder Energiesicherheit, berücksichtigt. Die Richtigkeit dieser Feststellung belegt ausdrücklich die Gewichtung, die den Biokraftstoffen während der aktuellen Verhandlungsrunde zugeschrieben wird.

Die Implementierung der Bestimmungen der Doha-Runde in einer so ehrgeizig formulierter Form wird im Anstieg des Wohlstands, wie es ursprünglich angenommen wurde, nicht widerspiegeln, und sicherlich wird nicht zur Verbesserung der Lage der LDC-Länder beitragen. Es wurde vor allem das Durchschnittsniveau der zollrechtlichen Protektion insbesondere im Industriesektor gemindert, was die Folge von Wirtschaftsreformen, der immer stärker werdenden Integrationsprozesse oder Implementierung der völkerrechtlichen Verbindlichkeiten ist (z.B. Indien senkte ihr Zolltarif für Industriegüter, um im Jahr 2009 das Niveau ihres tarifären Schutzes dem Niveau der ASEAN-Länder anzugleichen. 2003 ratifizierte Indien das Freihandelsabkommen mit dieser Integrationsgruppe). So wird die Schutzminderung der Höchstbegünstigungsklausel in entwickelten Ländern, der die Folge einer Implementierung der Beschlüsse der aktuellen Verhandlungsrunde sein wird, in Verbindung mit dem wachsenden Kreis der Begünstigten, die den bevorzugten Marktzugang für die Drittstaaten nutzen, zur Abschwächung der Position der LDC-Länder infolge der sog. Präferenzerosion beitragen.

Die Richtung der jetzigen Verhandlungen weist darauf hin, dass an der Liberalisierung des Handels nur große Agrarimporteure, wie Brasilien oder Argentinien gewinnen werden, dagegen können LDC-Länder und viele kleinere Entwicklungsländer Verluste erleiden, die die Folge der Abschaffung von Exportsubventionen sein wird.

Eine Auswertung der Staaten, die an der Implementierung des künftigen Übereinkommens gewinnen und der Staaten, die mit größeren Nutzen nicht rechnen können, weist darauf hin, dass solche Länder wie Brasilien, Argentinien oder Südafrika, die heute den Status der DEV-Länder besitzen, als entwickelte Länder behandelt werden

sollten, und dann die Umsetzung dieser Schlussfolgerungen weckt die Notwendigkeit weitgehende Reformen der WTO als einer Organisation durchzuführen.

Weiteres Schicksal der aktuell dauernden Doha-Runde ist unsicher. Man kann sogar von einer Niederlage des Versuchs, eine für alle Gesprächsteilnehmer akzeptable Einigung zu erzielen, sprechen. Doch angesichts der jetzigen weiteren Fassungen von *Draft Modalities* ist von einem wertvollen Beitrag in die Entwicklung der Liberalisierung des Handels mit Agrarprodukten zu sprechen. Unter Berücksichtigung des politischen Kalenders in Europa (im Sommer 2009 finden Wahlen zum Europäischen Parlament statt), sowie wegen der Personalwechseln in der EK im Jahr 2009, darunter u.a. im Amt des Handelskommissars, scheint es wenig wahrscheinlich, dass in der nächsten Zeit alle Teilnehmer dieser Verhandlungen eine neue Abschlusseinigung der Doha-Runde ausarbeiten können.

LITERATURVERZEICHNIS

- Barroso J.M., 2006. Barroso hails EU's role in Hong Kong WTO talks. *The World Trade Review*. <http://www.worldtradereview.com/news.asp?pType=N&iType=A&iID=123&siD=8&nID=25210> [dostęp: 31.01.2010].
- Cluff M., Vanzetti D., 2005. *Commodity Market Review*. Food and Agriculture Organization of the United Nations, Rome. www.fao.org/docrep/fao008/a0034e/a0334eoo.pdf.
- Dlaczego Komisarz Mandelson myli się w sprawie WTO – wyjaśniają europejscy rolnicy. Komentarz prasowy. 2008. COPA-COGECA. Komitet Rolniczych Organizacji Zawodowych, Główny Komitet Spółdzielczości Rolniczej. PUB(08)4649:1, http://www.copa-cogeca.be/img/user/File/declaration_4649/dec4649-1p.pdf [dostęp: 14.07.2010].
- Doha's benefits for Europe and everyone else. 2008. Komunikat prasowy KE. http://trade.ec.europa.eu/doclib/doc/2008/july_13978.pdf [dostęp: 18.07.2008].
- Dydoń A., Niemczyk J., 2006. Handel Rolny – co uzgodniono w Hongkongu? *Wspólnoty Europejskie* 1 (170).
- Fishel-Boel M., 2006. EU move on export subsidies takes Doha forward. Wypowiedź Komisarz UE ds. Rolnictwa z 18 grudnia. http://europa.eu.int/comm/agriculture/external/who/hongkong/index_en.htm.
- Francja walczy o starą dobrą WPR. 2008. *Agra Europe Weekly* 2323.
- Gradziuk A., 2005. Przyczyny i konsekwencje zawieszenia negocjacji WTO w ramach DDA. *Polski Instytut Spraw Międzynarodowych* 45 (385).
- Idrac A., 2008. Francja: nie będzie dalszych ustępstw w sprawie rolnictwa w ramach WTO. Wypowiedź z 18 lipca. www.portalspozywczy.pl/handel/wiadomosci/francja-nie-bedzie-dalszych-ustepstw.
- Ingo I., Nash J., 2004. *Agriculture and the WTO creating a Trading System for Development*. The International Bank for Reconstruction and Development, The World Bank, Washington. <http://vle.worldbank.org/bnpp/files/TF053524FrontmatterAgricultureandtheWTO.pdf>.
- Kaczurba J., 1998. *Polska w WTO*. PWN, Warszawa.
- Kaliszuk E., 2008. Negocjacje w Genewie – Fiasko zamiast przełomu. *Wspólnoty Europejskie* 4 (191).
- KE 2005. http://ec.europa.eu/trade/issues/nweround/doha_do/pr281005_en.htm.
- Konferencja Ministerialna WTO w Hongkongu 13-18 grudnia 2005. 2005. Red. S. Dębski, A. Eberhard, M. Krzysztofowicz, Ł. Kulesza, E. Pietras, E. Poseł- Częścik. *Polski Instytut Spraw Międzynarodowych* 92 (337) z 20 grudnia. <http://www.pism.pl/biuletyny/files/337.pdf>.
- Lamy P., 2008. Lamy calls for „serious reflection” on next steps. 30.07.2008. http://wto.org/english/news_e/news08_e/meet08_chair_30july08_e.htm.

- Lamy P., 2008. Lamy says food crisis adds urgency to concluding the round. 7.05.2008. http://wto.org/english/news_e/news08_e/meet08_chair_30july08_e.htm.
- Lemetayer J.M., 2008. Rolnicy sprzeciwiają się słowom unijnego Komisarza Mandelsona na temat rozmów w WTO. Komunikat prasowy COPA- COGECA z 14 lipca. CDP (08)4056:1.
- Mandelson P., 2006. O co toczy się gra? http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/october/tradoc_128505.pdf.
- Mandelson P., 2006. The costs of Doha failure demand we find a deal. http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/october/tradoc_128505.pdf [dostęp: 23.06.2010].
- Mroczek W., 1993. Francja utrudnia zakończenie Rundy Urugwajskiej GATT. Wspólnoty Europejskie 10 (26).
- Nowak B., 2005. W poszukiwaniu szans rozwojowych Światowa Organizacja Handlu i Runda z Doha. Centrum Stosunków Międzynarodowych, Raporty i Analizy 9. http://csm.org.pl/file-admin/files/Biblioteka_CSM/Raporty.
- Piotrowski J., 2006. Zawieszenie wielostronnych negocjacji handlowych w ramach rundy rozwoju. Wspólnoty Europejskie 7/8 (176/177), 17.
- Przygodzka R., 2006. Liberalizacja światowego handlu rolnego a polityka rolna UE. Roczn. Nauk. Stow. Ekonom. Roln. Agrob. 8, 4, 286-290.
- Revised Draft Modalities for Agriculture of 10 July 2008. TN/AG/W/4/Rev.3.
- Revised Draft Modalities for Agriculture of 19 May 2008. TN/G/4/Rev.2.
- Sawicki M., 2008. Wystąpienie w Sejmie RP w dniu 9 kwietnia 2008 w sprawie stanu negocjacji w ramach Rundy Doha. <http://orka2.sejm.gov.pl/126nsf/main/6F99F51E>.
- Unia Europejska. Przygotowania Polski do członkostwa. 2001. Red. E. Kawecka-Wyrzykowska, E. Synowiec. IKIC HZ, Warszawa, 205-229.
- Wielkopolska A., 2003. Lekcja z Cancun. Rzeczypospolita z 12.12.2003.
- WTO trade negotiations: Facto and Figurek on the Doha Development Agenda. 2011. http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2011/january/tradoc_14760 [dostęp: 28.01.2010].
- Załącznik 1A – do Porozumienia ustanawiającego Światową Organizację Handlu (WTO) w sprawie rolnictwa. 1996. Dz. U. RP. Załącznik do nr 9, poz. 54 z dnia 27 stycznia 1996, art. 7-10.
- Zapędowski W., 2008. Liberalisation of Agricultural Trade within WTO: A Challenge for European Union. Institute of Agriculture and Food Economics, Warsaw. www.ierigz.waw.pl/documents/Raport_PW-98_1.pdf.

POROZUMIENIE W SPRAWIE ROLNICTWA – WCIĄŻ NEGOCJACJE BEZ PRZEŁOMU

Streszczenie. Niepowodzenie VII Konferencji Międzyministerialnej, mającej zakończyć trwającą od 2001 roku Rundę Rozwojową Doha, zmusza do poszukania odpowiedzi na pytanie o przyczyny tego niepowodzenia, jak też każe się zastanowić, czy w najbliższej przyszłości Porozumienie Rolne w ogóle może zostać zawarte.

Słowa kluczowe: *draft modalities* autorstwa C. Falconera, negocjacje rolne, Market Access (MA), Export Competition (EC), redukcje stawek celnych, produkty specjalne, towary wrażliwe, SSG, SSM, STS, uproszczenie stawek taryfowych, pomoc żywnościowa

Zum Drucken akzeptiert – Zaakceptowano do druku: 23.09.2010

Zum Anführen – Do cytowania: Daszkowska E., 2010. Das Agrarabkommen – immer Verhandlungen ohne Wende. J. Agribus. Rural Dev. 1(15), 29-44.